

## **Aktueller Stand der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Wie geht es weiter?**

Vortrag<sup>1</sup> beim Bundesverband Deutscher Stiftungen: Forum Globale Fragen und Entwicklung, 26.11.10

Zehn Jahre nach dem UN-Millenniumsgipfel in New York und fünf Jahre vor Ablauf der Frist für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele fällt die Bilanz gemischt aus:

Manches leuchtet hoffnungsfroh hell, manches steht trostlos im Dunkeln, anderes ist grau in grau.

### **I. Was ist eigentlich Entwicklung?**

Auch wenn es keine allgemein gültige Definition von Entwicklung gibt, dürfte die Erkenntnis weitgehend akzeptiert sein, dass Entwicklung ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozio-ökonomischer Prozess ist, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, Freiheit von Not und Furcht für alle anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert und spätestens seit Rio 1992 einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung sowie der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der Einen Welt verpflichtet ist. Entwicklung bedeutet immer, etwas von dem, was an Fähigkeiten und Potenzial jedem Menschen und Volk Eigen ist, zur Entfaltung, zur „Ent-Wicklung“ zu bringen. Insofern kommt der Hilfe von außen vor allem eine Hebammenfunktion zu; sie ist – um

---

<sup>1</sup> Die folgenden schriftlichen Ausführungen, die als Grundlage für den in weiten Teilen frei gehaltenen Vortrag dienten, greifen besonders zurück auf U. Holtz: Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz, in: APuZ / Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2010, S. 3-8. ([www.bpb.de/files/T7TUXN.pdf](http://www.bpb.de/files/T7TUXN.pdf)). Manches wurde ergänzt (wie die Definition von Entwicklung) oder auch erweitert und aktualisiert – vom MDG-Gipfel in New York im September 2010 bis zum OECD/DAC-Peer Review der deutschen Entwicklungspolitik, veröffentlicht Anfang November 2011 [OECD (Hg.): DAC Peer Review Germany, Paris 2010 ([www.oecd.org/dataoecd/35/23/46287397.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/35/23/46287397.pdf)) - auf Deutsch: [www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf)].

\* Prof. Dr. phil. Uwe Holtz, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, ist auch Senior Fellow am Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung und Lehrbeauftragter für das MBA-Programm „NGO-Management“ der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Von 1974 bis 1994 war er Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung).

eine alte Erkenntnis aufzugreifen – Hilfe zur Selbsthilfe. Die im Auftrag von UNDP jährlich verfassten *Human Development Reports* sind von der Überzeugung geleitet, dass Entwicklung letztlich einen Prozess darstellt, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert und nicht nur das Volkseinkommen erhöht.

Lange wurde Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Aber der Mensch ist nicht nur ein „homo oeconomicus“, sondern auch ein „zoon politikon“ und ein Kulturwesen; er muss sich zu einem „homo oecologicus“ weiterentwickeln. Entwicklung umfasst zumindest folgende Dimensionen: Politik (Demokratie, Menschenrechte und Good Governance), Wirtschaft (Produktivitätssteigerungen, Arbeitsplätze schaffendes und Armut beseitigendes Wirtschaftswachstum, Unternehmen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen), Soziales (soziale Gerechtigkeit, soziale Grunddienste), Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit) und Kultur (kulturbewusste Entwicklung, die kulturelle Entfaltung ermöglicht und für den Wandel offen ist).

Auf die Entwicklung bzw. den Entwicklungsprozess eines Landes wirken viele interne und externe Akteure und Faktoren ein. Im Vergleich etwa zu den Eigenanstrengungen, zu den positiven internen Rahmenbedingungen (v. a. Eliten, die sich vom Gesamtwohl ihres Landes leiten lassen) oder Hemmfaktoren und den internationalen Handels-, Finanz- und Austauschbedingungen ist die Entwicklungshilfe bzw. die Entwicklungszusammenarbeit oft nur ein Leichtgewicht. Letztere kann nur – bescheidene – Beiträge zur Entwicklung eines Landes leisten; sie ist meist schon vom Volumen her von nachrangiger Bedeutung und ihre Rolle wird häufig überschätzt.

Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen.

## **II. Die Millenniumsziele – ein wichtiger Kompass für eine bessere Welt, aber eine „defekte“ Vision**

Im September des Jahres 2000 versprachen 189 UN-Mitgliedstaaten in der Millenniumserklärung, eine bessere Welt aufzubauen und keine Mühen zur Verwirklichung dieser großen Aufgabe zu scheuen.<sup>2</sup> Sie bekräftigten ihren „Glauben an die Vereinten

---

<sup>2</sup> Vgl. Millennium Declaration bzw. Millenniumserklärung, in: [www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm](http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm) bzw. [www.un.org/Depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf](http://www.un.org/Depts/german/millennium/ar55002-mill-erkl.pdf) (9.1.2010).

Nationen und ihre Charta als unverzichtbare Grundlagen einer friedlicheren, in größerem Wohlstand lebenden, gerechteren Welt.“ Aber der dort bekundete Glaube versetzte bislang offensichtlich keine Berge.

Auf der Grundlage der Millenniumserklärung nahm ein Jahr später die UN-Generalversammlung den „Kompass“ (*Roadmap*) für die Umsetzung der Millenniumserklärung mit acht konkreten, quantitativen Millenniumsentwicklungszielen an, deren Zielerreichung i. d. R. für 2015 angestrebt wird.<sup>3</sup> (Die von mir propagierte Abkürzung *MEZ* hat sich nicht durchgesetzt > *MDGs/Millennium Development Goals*.)

Diese acht *MEZ/MDGs*<sup>4</sup> bilden seitdem einen international anerkannten Rahmen für eine menschenzentrierte Entwicklung, eine humanere Globalisierung und die weltweite Entwicklungspolitik.<sup>5</sup> Sie benennen wichtige Mindestvoraussetzungen für ein besseres Leben, stellen aber keine umfassende Entwicklungsagenda dar.

Sie sind m. E. eine defekte Vision, weil die quantitativen Ziele ohne Qualitätsansprüche formuliert wurden (etwa im Bildungsbereich) und vor allem weil für die Vision unerlässliche Elemente wie Frieden und Demokratie fehlen.<sup>6</sup> Dies ist ein Paradoxon. Denn die Staats- und Regierungschefs bezeichnen in der Millenniumserklärung zwar Frieden, Sicherheit und Abrüstung wie auch Menschenrechte, Demokratie, gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (*good governance*) als grundlegende Ziele, aber diese Ziele finden keine direkte Berücksichtigung bei den acht *MDGs* – offensichtlich

---

<sup>3</sup> Vgl. UN Generalversammlung: Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Bericht des Generalsekretärs, A/56/326, New York 2001, in: [www.un.org/depts/german/gs\\_sonst/roadmap01.pdf](http://www.un.org/depts/german/gs_sonst/roadmap01.pdf) (9.1.2010).

<sup>4</sup> Die *MEZ* lauten: (1) Die Beseitigung von extremer Armut und Hunger, (2) die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulschulbildung, (3) die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen (*empowerment*), (4) die Senkung der Kindersterblichkeit, (5) die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, (6) die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, (7) die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Diese acht Ziele wurden mittlerweile durch insgesamt 21 Zielvorgaben und rd. 60 Indikatoren präzisiert und konkretisiert. Dafür relevant sind neben dem „Kompass“ (s. Anm. 3) die Vereinbarungen der UN-Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005 (Resolution A/RES/60/1 der Generalversammlung, [www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=A/RES/60/1.pdf](http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=A/RES/60/1.pdf)) und die ab Januar 2008 gültige Liste der Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der *MEZ* und der Zielvorgaben (<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Attach/Indicators/OfficialList2008.pdf> (22.11.2010)).

<sup>5</sup> Die *MEZ* fußen auf der Millenniumserklärung; diese greift wiederum jene Ziele auf, die bereits vom Entwicklungsausschuss der OECD gutgeheißen (s. „Shaping the 21st Century“, Paris, Mai 1996) oder auf internationalen Konferenzen, wie der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, angenommen worden sind.

<sup>6</sup> U. Holtz: Die Millennium-Entwicklungsziele – eine defekte Vision. Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und *good governance*, in: T. Mayer/V. Kronenberg (Hg.): Streitbar für die Demokratie, Bonn 2008, S. 497-517.

dem Willen der Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten bzw. deren Regierungen entsprechend.

Eine auf den international anerkannten Menschenrechten beruhende Demokratie mit einem starken Parlament und starken zivilgesellschaftlichen Organisationen ist jedoch eine wichtige Bedingung dafür, dass die Armen zu ihren Rechten kommen können.<sup>7</sup> Im Übrigen ist keine Diktatur auf Dauer überlebensfähig, weil sie dem Innersten des Menschen widerspricht.

In der im Jahre 1997 angenommenen Allgemeinen Demokratie-Erklärung der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) wird die Demokratie als Ideal, als Regierungsform und als ein universell anerkanntes Konzept bezeichnet, das auf gemeinsamen Werten beruht.<sup>8</sup> Zwischen Demokratie und Entwicklung besteht kein automatischer Zusammenhang. Auf der einen Seite fördert Demokratie Entwicklung, auf der anderen Seite ist das bloße Vorhandensein von demokratischen Strukturen noch kein Garant für Fortschritt. Dennoch: „Wenn Politik und politische Institutionen die menschliche Entwicklung fördern und die Freiheit und Würde aller Menschen sichern soll, muss die Demokratie ausgeweitet und vertieft werden.“<sup>9</sup>

Was nützt mehr Geld, mehr staatliche Entwicklungshilfe, wenn in den Entwicklungs- und Transformationsländern Diktatoren, Kleptokraten und korrupte Cliquen herrschen, wenn die Bevölkerung nicht am Ressourcenverkauf beteiligt wird, wenn die Hilfe mangels funktionierender Rechts- und Verwaltungsinstitutionen nicht sinnvoll eingesetzt werden kann?

Nur in Ausnahmefällen, wie in fragilen Staaten, in Notsituationen oder bei der Friedenssicherung, darf für die Entwicklungspolitik gelten: Engagiert und vor Ort bleiben. Die Verständigung auf die acht Millenniumsziele war zweifelsohne ein großer Schritt in Richtung auf einen „globalen Gemeinwillen“ (*volonté générale mondiale*). Er beruht auf der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beruht, von der schon 1980 Willy Brandt und seine Nord-Süd-Kommission in dem Bericht „Das Überleben sichern“ sprachen.

---

<sup>7</sup> Empirische Studien kamen zu dem Ergebnis, dass es in keinem demokratischen, unabhängigen Land mit einer freien Presse große Hungersnöte gab. Vgl. Amartya Sen: Democracy as a universal value, in: Journal of Democracy, Bd. 10 (3/1999), S. 3-17.

<sup>8</sup> IPU (Hrsg.): Democracy: Its Principles and Achievement, Genf 1998, S. III-VIII.

<sup>9</sup> UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung. Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt. Bonn 2002, S. 2.

Die MDGs gelten mit ihren überprüfbaren inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben als Handlungsanleitung; die meisten Ziele sollen bis 2015 realisiert werden, wobei das Jahr 1990 die Ausgangslage darstellt.

Sie tragen dazu bei, die unterschiedlichen Entwicklungsakteure auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu mobilisieren, und sind Ausdruck einer zwischen den „entwickelten“ und den „Entwicklungsländern“<sup>10</sup> eingegangenen Verpflichtung, auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Realisierung der MEZ förderlich ist. Sie bieten Orientierung für die Entwicklungsländer, die Entwicklungspolitiken der Industrieländer und der EU, für Parlamente, für UN-Organisationen, wie das UN-Entwicklungsprogramm, internationale Entwicklungsbanken, z. B. die Weltbank, sowie für Nichtregierungsorganisationen, private Akteure und auch für die Wissenschaft.

In Deutschland haben die Bundesregierung (s. das „Aktionsprogramm 2015“ vom April 2001), staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen (wie die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit oder die große NRO Deutsche Welthungerhilfe) und zivilgesellschaftliche Kampagnen (so die UN-gestützte Millenniumskampagne Deutschland oder auch Stiftungen, wie die Germanwatch nahestehende Stiftung Zukunftsfähigkeit) die MDGs und die Millenniumserklärung als Referenzrahmen anerkannt; sie arbeiten und werben für ein größeres Engagement.

In der hier gebotenen Kürze sollen drei Fragen beantwortet werden: Wie sieht der aktuelle Stand der Umsetzung der Millenniumsziele aus? Warum gibt es Fortschritte und ein Zurückbleiben hinter den Erwartungen? Wie geht es weiter nach dem MDG-, dem Weltarmutsgipfel im September des Jahres?

### **III. Wie sieht der aktuelle Stand der Umsetzung der Millenniumsziele aus?**

Mittlerweile sind zwei Drittel der Wegstrecke zwischen 2000 und 2015 zurückgelegt. Aktueller Stand? Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass eine Reihe von Daten,

---

<sup>10</sup> Auf die Problematik der in den UN-Dokumenten benutzten Begriffe (entwickelte Länder, Übergangs- und Entwicklungsländer) kann hier nicht näher eingegangen werden. Es gibt jedoch Gründe dafür, z. B. alle Länder der Welt als „Entwicklungs- oder Übergangsländer“ zu bezeichnen, weil sie sich – etwa hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Ressourcen – auf dem Wege zu einer besseren Entwicklung befinden (sollten). S. dazu auch U. Holtz: Entwicklungspolitisches Glossar, Bonn 2009, in: [www.uni-bonn.de/~uholtz/virt\\_apparat/EP\\_Glossar.pdf](http://www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf) (24.11.2010).

die mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind, zur Messung der Zielerreichung z. T. nur bis zum Jahre 2007 oder sogar 2005 reicht.<sup>11</sup>

Die kollektive Bilanz fällt gemischt aus, wie ich bereits Anfang dieses Jahres aufgrund der seinerzeit publizierten Daten in einem Artikel der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ ausführte: Es gibt Erfolge, Halberfolge und Rückschläge, Licht und Schatten. Viele Entwicklungsländer befinden sich auf Abwegen oder bestenfalls auf der Kriechspur zu den Millenniumszieltoren. Auch die Industrieländer haben zu wenig getan.

Diese Einschätzung wurde bestätigt: Im Vorfeld des New Yorker Armuts- bzw. MDG-Gipfels im September 2010 haben die Vereinten Nationen mit ihrem sog. MDG-Fortschrittsbericht<sup>12</sup>, die Weltbank und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen in ihren Berichten ebenfalls ein differenziertes Bild der Erfolge und Misserfolge bei der Verwirklichung der MDGs gezeichnet. Im Schlussdokument des New Yorker Gipfels ist von Erfolgen, uneinheitlichen Fortschritten und vielen Herausforderungen die Rede.<sup>13</sup>

Am bekanntesten und wohl bedeutendsten ist das erste Millenniumsziel „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ (**MEZ 1**) mit den drei Zielvorgaben: (a) Hal-

---

<sup>11</sup> Dies gilt auch für die jährlich erscheinenden UN-Fortschrittsberichte, auf die sich i. d. R. die hier vorgenommene Bilanzierung bezieht und die umfassende Informationen über die Verwirklichung der MEZ in einzelnen Regionen und Ländern bereitstellt; VENRO u. a. (Hrsg.): „Damit Armut einpacken kann“. Schattenbericht zum deutschen Engagement zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele, Bonn-Berlin 2008; Jens Martens/Tobias Debiel, Das MDG-Projekt in der Krise. Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven, Duisburg 2008; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ (Hrsg.): Auf dem Weg in die Eine Welt. Weißbuch zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (13. Entwicklungspolitische Bericht), Berlin 2008; BMZ: Deutschlands Beitrag zu den Millenniumsentwicklungszielen, Bonn-Berlin, März 2009; Franz Nuscheler/Michèle Roth (Hrsg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitische Königsweg oder ein Irrweg?, Bonn 2006.

<sup>12</sup> Vereinte Nationen: Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2010, New York 2010 ([www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202010%20En%20r15%20-low%20res%2020100615%20-.pdf](http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202010%20En%20r15%20-low%20res%2020100615%20-.pdf) – auf Dt.

[www.bmz.de/de/publikationen/reihen/sonderpublikationen/Millenniums Entwicklungsziele Bericht 2010.pdf](http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/sonderpublikationen/Millenniums_Entwicklungsziele_Bericht_2010.pdf)). Im 2010er Fortschrittsbericht der Vereinten Nationen über die Millenniumsziele bezeichnet UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die Ziele als Ausdruck wichtiger Bedürfnisse und Grundrechte, die jeder Mensch auf der Welt genießen können sollte, nämlich Freiheit von extremer Armut und Hunger, produktive und menschenwürdige Beschäftigung, Bildung, ein guter Gesundheitszustand und Wohnraum, das Recht jeder Frau, ohne Gefahr für ihr Leben Kinder zu gebären, eine Welt, in der die ökologische Nachhaltigkeit Vorrang hat und in der Frauen und Männer gleichgestellt leben. Die Staatenlenker („Führer“) verpflichteten sich darüber hinaus, zur Erreichung dieser universellen Ziele eine weitreichende weltweite Entwicklungspartnerschaft einzugehen. S. auch die interaktive Website der UN [www.mdgmonitor.org](http://www.mdgmonitor.org) (24.11.2010).

<sup>13</sup> Vgl. das sog. „Outcome Document“ > [www.un.org/en/mdg/summit2010/pdf/mdg\\_outcome\\_document.pdf](http://www.un.org/en/mdg/summit2010/pdf/mdg_outcome_document.pdf) (24.11.10).

bierung zwischen 1990 und 2015 des Anteils jener Menschen, deren Einkommen weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag beträgt; (b) die Verwirklichung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle; (c) zwischen den Jahren 1990 und 2015 Halbierung des Anteils der Menschen, die Hunger leiden.

Dem UN-Fortschrittsbericht 2010 zufolge (s. Anm. 12) hat sich die Zahl der in extremer Armut Lebenden von 1,8 Mrd. im Jahre 1990 auf 1,4 Mrd. in 2005 (davon 70 % Frauen) reduziert.

Dies klingt nicht sehr erfolgreich, kann sich aber angesichts des Anstiegs der Weltbevölkerung von 5,3 Milliarden auf 6,5 Milliarden sehen lassen. Die Armutsquote fiel von 46 auf 27 % - die Halbierung der Quote ist in Reichweite.

Die Situation hat sich besonders in Ostasien bzw. Südostasien<sup>14</sup> verbessert, wo der Anteil der Armen von 60 auf 16 bzw. von 39 auf 19 % gefallen ist. Die zahlenmäßig größten Erfolge konnten dabei in China und Indien, die 37% der Weltbevölkerung und 43% der Menschen in Entwicklungsländern auf sich vereinigen, erzielt werden, obwohl dort immer noch Hunderte von Millionen von Menschen in Armut leben. Von Halberfolgen kann man in Lateinamerika und der Karibik sowie in Nordafrika sprechen, die aber bereits vor 1990 zu den wesentlich besser gestellten Regionen gehörten. Unbefriedigend ist die Situation in Westasien und vor allem in Subsahara-Afrika, wo der Anteil von 58 auf lediglich 51 % gefallen ist, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut – überwiegend in ländlichen Gebieten – lebt.

Dass sich die im UN-Fortschrittsbericht verwendeten aggregierten Zahlen auf die Gesamtbewertung der Regionen beziehen und die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen kann, zeigt das Beispiel Uganda, wo das Halbierungsziel in den Bereichen Armut und Hunger bis 2015 wohl erreicht werden kann,<sup>15</sup> oder auch Kap Verde. Dieses westafrikanische Sahelland hat es vor kurzem geschafft, aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder in die Ländergruppe mit mittlerem Einkommen aufzusteigen.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Der UN-Fortschrittsbericht (s. Anm. 12, S. 75) unterscheidet sieben Regionen bzw. „regionale Gruppen“: Entwickelte Regionen, Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Nordafrika, Subsahara-Afrika, Südostasien, Ozeanien, Ostasien, Südasien, Westasien, Lateinamerika & Karibik.

<sup>15</sup> S. dazu BMZ: Deutschlands Beitrag zu den Millenniumsentwicklungszielen, Bonn-Berlin, März 2009, S. 1, und [www.mdgmonitor.org/country\\_progress.cfm?c=UGA&cd=](http://www.mdgmonitor.org/country_progress.cfm?c=UGA&cd=) (24.11.10).

<sup>16</sup> Das mit wenigen natürlichen Reichtümern ausgestattete aride Sahelland hat vielen Widrigkeiten getrotzt und ist auf dem Wege, fast alle Millenniumsziele zu erfüllen. Zum Take-off des Landes und seinem Aufstieg in die Klasse der Länder mit mittlerem Einkommen haben v. a. beigetragen: Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln mit verantwortungsbewussten, der allgemeinen Entwicklung verpflichteten

Eine Schlüsselaufgabe der Armutsbekämpfung ist es, allen Menschen den Zugang zu menschenwürdiger und angemessen bezahlter Arbeit zu ermöglichen,<sup>17</sup> wovon man jedoch in vielen Entwicklungsländern weit entfernt ist. Immerhin konnten in einer Reihe von Entwicklungsländern viele Arbeitsplätze bei höherer Arbeitsproduktivität geschaffen werden – an erster Stelle in China, der Werkbank der Welt. Die höhere Arbeitsproduktivität in einigen Ländern Afrikas ist zu einem beträchtlichen Teil auf Aktivitäten im Minen- und Bergwerkssektor zurückzuführen, so z. B. in Angola, Botswana und Nigeria.<sup>18</sup> Allerdings nimmt in vielen Ländern die Arbeitslosigkeit besonders seit der globalen Finanzkrise zu; von ihr sind Frauen in höherem Maße betroffen als Männer.

Der UN-Fortschrittsbericht konstatiert wegen der hohen Energiepreise und der Wirtschaftsturbulenzen: In den meisten Regionen sank 2009 das Bruttoinlandsprodukt noch stärker als die Beschäftigung, wodurch auch die Arbeitsproduktivität zurückging. Vorläufige Schätzungen deuten in allen Regionen außer Nordafrika, Ostasien und Südasien auf einen Rückgang der Leistung je Erwerbstätigen hin. Dieser Rückgang war in den europäischen GUS-Ländern, den südosteuropäischen Transformationsländern sowie in Lateinamerika und der Karibik am ausgeprägtesten. Eine rückläufige Leistung trägt zu schlechteren Arbeitsbedingungen bei und verschlimmert so die Not der Erwerbstätigen in den Regionen mit bereits vor der Wirtschaftskrise niedriger Arbeitsproduktivität, z.B. in Afrika südlich der Sahara.<sup>19</sup>

Bei der Hungerbeseitigung konnten seit 1990 – global gesprochen – nur geringe Fortschritte verzeichnet werden. In einzelnen Ländern, wie Brasilien, gab es aber erstaunli-

---

tete Führungspersönlichkeiten und Eliten; die seit der 1990 erfolgte Einführung eines Mehrparteiensystems mit demokratischen, stabilen Verhältnisse; solide Institutionen; eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die Berücksichtigung der ländlichen Entwicklung mit Anstrengungen zur Bekämpfung der Bodenerosion und Wüstenbildung, makroökonomische Stabilität sowie ein andauerndes Wirtschaftswachstum mit hohen Investitionsraten – auch dank des Tourismus; ein friedliches, soziales Klima mit einer toleranten kreolischen Kultur; ein vergleichsweise guter Bildungsstand und ein Informations- und Kommunikationssektor *comme il faut*. Und last but not least: Auf den verschiedenen Inseln Kap Verdes leben rd. 500.000 Menschen, aber 700.000 außer Landes; die Emigranten haben also zur Lösung des Bevölkerungsproblems beigetragen. Ihre Rücküberweisungen kamen und kommen zudem der einheimischen Bevölkerung zugute. Außerdem hat Kap Verde die Entwicklungshilfe klug und effizient genutzt. Vgl.: Der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank begrüßt den neuen Status von Kap Verde > [www.afdb.org/fr/news-events/article/afdb-president-applauds-cape-verdes-graduation-to-middle-income-country-and-mdg-achievements-despite-hostile-initial-conditions-6655](http://www.afdb.org/fr/news-events/article/afdb-president-applauds-cape-verdes-graduation-to-middle-income-country-and-mdg-achievements-despite-hostile-initial-conditions-6655) - 22.11.10)

<sup>17</sup> Vgl. International Labour Organization: Guide to the new Millennium Development Goals Employment Indicators, Genf 2009.

<sup>18</sup> Vgl. UN Economic Commission for Africa/African Union/African Development Bank Group: Assessing Progress in Africa toward the MDGs. MDG Report 2009, Addis Ababa-Tunis 2009, S. 6.

<sup>19</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 9.

che Erfolge im Kampf gegen den Hunger. Der leichte Abwärtstrend wurde durch die hohen Nahrungsmittelpreise und die jüngste globale Wirtschaftskrise gestoppt, zum Teil umgekehrt. Die Zahl der weltweit Hungernden liegt laut FAO bei mehr als 900 Millionen Menschen; sie war in 2009 sogar auf über eine Milliarde und damit einen Rekordwert hochgeschneit.<sup>20</sup> Beim Hunger-Halbierungsziel sank in Subsahara-Afrika die Quote lediglich von 31 auf 26%. In Südasien (von Afghanistan bis Indien und Bangladesch) stagnierte sie bei 21%.

Was **MEZ 2** angeht, so schwindet trotz enormer Fortschritte in armen – auch afrikanischen – Ländern die Hoffnung, die allgemeine Grundschulbildung bis 2015 zu verwirklichen.<sup>21</sup>

Gemäß den Zielvorgaben von **MEZ 3** sollte das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigt sein, und zwar vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015. Nach Verstreichen des ersten Zieldatums ist die Geschlechterparität nicht erreicht. Aber immerhin gehen in mehr als zwei Dritteln der Länder inzwischen gleich viele Mädchen wie Jungen in die Grundschule. Dennoch: In einigen Regionen bleibt Bildung für Mädchen Zukunftsmusik.<sup>22</sup>

Die Stärkung von Macht und Einfluss (*empowerment*) der Frauen steigt allmählich. Der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten kletterte in den Entwicklungsregionen – auch und gerade mit Hilfe von Quotenregelungen – von 11% im Jahre 2000 auf 18% im Jahre 2010 – bei großen regionalen Unterschieden. Während in Lateinamerika und der Karibik 23% aller Parlamentssitze von Frauen eingenommen werden, liegt der Frauenanteil in Nordafrika und Westasien noch unter 10%, in Subsahara-Afrika bei 18%, wobei Rwanda seit den Wahlen in 2008 mit 56% den größten Frauenanteil im weltweiten Vergleich aufweist (Deutscher Bundestag = 33 %). In einigen Ländern wurden bei den letzten Wahlen keine Frauen ins Parlament gewählt (z. B. Komoren), oder es gab noch nie Parlamentarierinnen (wie in Saudi-Arabien).

---

<sup>20</sup> Vgl. Food and Agriculture Organization: State of Food Insecurity in the World 2009, Rom 2009, S. 11: Im Asien-Pazifik-Raum sind 642 Millionen Menschen unterernährt, in Afrika südlich der Sahara 265 Millionen, in Lateinamerika 53 Millionen, im Nahen Osten und in Nordafrika insgesamt 42 Millionen; in den entwickelten Ländern leiden 15 Millionen Menschen unter Hunger.

<sup>21</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 16.

<sup>22</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 20.

**MEZ 4:** Die Kindersterblichkeit nimmt zwar ab, jedoch nicht rasch genug, um die Vorgabe, bis 2015 die Sterblichkeitsrate um zwei Drittel zu senken, zu erreichen.<sup>23</sup>

Bei dem Ziel „Verbesserung der Gesundheit von Müttern“ (**MEZ 5**) sind zwar einige positive Trenddaten zu vermelden, aber die Zielvorgabe, zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel zu senken, bleibt ebenfalls außer Reichweite.<sup>24</sup> Immerhin ist die Zahl minderjähriger Mütter in vielen Ländern leicht gesunken, ebenso wie die Zahl der Geburten pro Frau; damit hat sich die Gefahr, an Geburtskomplikationen zu sterben, leicht vermindert. Aber weniger als die Hälfte der Schwangeren in den Entwicklungsländern – v. a. auf dem Lande - können eine angemessene Schwangerenvorsorge nutzen.

In allen Entwicklungsregionen ist der Zugang zur Empfängnisverhütung gestiegen, aber bei weitem noch nicht ausreichend (vor allem in Subsahara-Afrika).

Auch bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (**MEZ 6**) gab es gemischte Resultate.<sup>25</sup> Weltweit wurde 1996 mit 3,5 Millionen Neuinfektionen der Höhepunkt bei der Zahl der Neuansteckungen mit HIV erreicht. Seitdem ist die Zahl gesunken - auf zwei Millionen im Jahr 2008. Die geschätzte Anzahl der AIDS-Toten sinkt. Dies liegt teilweise an dem verbesserten Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in ärmeren Ländern.

Es gab gewisse Fortschritte sowohl bei der Bekämpfung der Malaria als auch bei der Eindämmung der Tuberkulose – aber noch nicht in befriedigender Weise, um die Globalziele zu erreichen.

Bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (**MEZ 7**) ist einiges auf der Habenseite zu finden; es überwiegt jedoch das Soll.<sup>26</sup> Hinsichtlich der Zielvorgabe, die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einzubauen und den Verlust von Umweltressourcen umzukehren, haben einerseits beim Schutz der Ozonschicht starke, weltweite Entwicklungspartnerschaften (vgl. MEZ 8) und solide einzelstaatliche Politiken zu außerordentlichen Fortschritten geführt. Andererseits verdeutlichen der Anstieg der Treibhausgasemissionen, der Boden-erosion und Wüstenbildung sowie die andauernden, wenn auch geringer gewordenen

---

<sup>23</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 26.

<sup>24</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 30.

<sup>25</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 40ff.

<sup>26</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 52ff.

Waldverluste, dass das Entwicklungsparadigma der nachhaltigen Entwicklung noch nicht der Imperativ politischen und wirtschaftlichen Handelns ist und die Problematik des Klimawandels energischer angegangen werden muss.

Die Welt hat die Zielvorgabe, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 signifikant zu reduzieren, verfehlt; die Zahl der vom Aussterben bedrohten Arten wächst täglich. Immerhin ist es einer Reihe von Entwicklungsländern trotz ökonomischen Drucks gelungen, umfangreiche Land- und Wasserflächen unter Schutz zu stellen.

Wenn bis 2015 der Anteil der Menschen um die Hälfte gesenkt werden soll, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben, dann müssen die Anstrengungen vornehmlich in den ländlichen Gebieten erhöht werden. Fast alle Regionen kommen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen in den Städten voran, und das Unterziel, bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeizuführen, ist in Reichweite. Erfahrungen etwa in Millenniumsdorferprojekten (so bei der Deutschen Welthungerhilfe) zeigen, dass große Verbesserungen mit überschaubarem finanziellem Aufwand in Selbstverwaltung der Betroffenen möglich sind. Hier sehe ich auch Ansatzpunkte für das Engagement von Stiftungen.

Das letzte Millenniumsziel (**MEZ 8**) „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ ist von herausragender Bedeutung für die Schaffung eines die Entwicklung förderlichen internationalen Umfeldes. Hier lautet die Bilanz: Wenig Licht und viel Schatten.<sup>27</sup>

Von einem fairen und nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem ist man meilenweit entfernt. Die Industrieländer tun weniger als nötig, um energischen Schritts Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der globalisierten Marktwirtschaft zu gehen.<sup>28</sup> In und zwischen den verschiedenen Politikbereichen mangelt es an kohärentem Handeln. Handelsbarrieren für Entwicklungsländer und handelsverzerrende Subventionen seitens der Industrieländer sind kaum abgebaut worden.

Die beim G8-Gipfel in Gleneagles 2005 beschlossenen Schuldenerlasse haben zwar die Schuldenlast deutlich gesenkt, und viele Entwicklungsländer, vor allem Schwellenländer, konnten die Exportumsätze steigern. Aber die Finanz- und Wirtschaftskrise hat

---

<sup>27</sup> UN-Fortschrittsbericht (Anm. 12), S. 66ff

<sup>28</sup> In Anlehnung an Amartya Sen: Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität, München 2007<sup>4</sup>.

die Exportumsätze einer Reihe von Entwicklungsländern sinken lassen und zu einer Verschlechterung der Schuldendienstquote geführt.

Die entwicklungspolitischen Leistungen für die ärmeren Länder sind seit 2000 stärker gestiegen als das durchschnittliche Bruttonationaleinkommen (BNE) der Geberländer; dennoch erfüllen die meisten Industrieländer ihre finanziellen entwicklungspolitischen Zusagen bisher nicht. Die im Jahre 2009 von den Industrieländern zur Verfügung gestellten Finanzmittel beliefen sich<sup>29</sup> auf 119,6 Mrd. US-\$ (= 0,31 % des kombinierten BNE); Deutschland stellte 11,98 Mrd. \$ = 0,35 % des BNE zur Verfügung (2008 waren es noch 13,9 Mrd. \$ = 0,38 % des BNE). Auch im Hinblick auf die generelle Erreichung des 0,7%-Zieles bis 2015 (mehrfach, auch von der Bundesregierung, versprochen) ist größte Skepsis angebracht. Lediglich fünf Länder übertrafen bisher die 0,7%-Marke: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

Auf dem G-8-Gipfel von Gleneagles 2005 versprach man eine Verdoppelung der Afrikanhilfe bis 2010: Versprechen gebrochen.

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer wurde nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Die Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft wie auch die angestrebte Kooperation mit der Privatindustrie, um die Vorteile neuer Technologien (z. B. Informationstechnologien und erneuerbare Energien) auch in Entwicklungsländern nutzbar zu machen, blieb hinter den Erwartungen zurück.

Die Ursachen für die mangelhaften Erfolge bei der Zielerreichung der 8 MDGs liegen auch und gerade bei den Regierungen, denen ein „doppeltes Armutszeugnis“ – so Jens Martens<sup>30</sup> - auszustellen ist:

„Ein Armutszeugnis für die Regierungen des Nordens, die bislang weder in ihrer Handels- und Finanzpolitik zu substantiellen Zugeständnissen bereit waren, noch die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Armutsbekämpfung als *fresh money* bereitgestellt haben.

Und ein Armutszeugnis für viele Regierungen des Südens, die ihre Politik häufig nicht auf die Bekämpfung der Armut, die Überwindung sozialer Disparitäten und die Mobilisierung heimischer Ressourcen ausgerichtet haben.“

---

<sup>29</sup> So wie sie vom Entwicklungsausschuss der OECD im April 2010 veröffentlicht worden sind (s. [www.oecd.org/dac](http://www.oecd.org/dac)).

<sup>30</sup> Jens Martens: Armutszeugnis. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Halbzeitbilanz - Defizite – Perspektiven (hg. v. GPF Europe und terre des hommes), Bonn 2007, S. 5.

#### IV. Warum gibt es Fortschritte und ein Zurückbleiben hinter den Erwartungen?

Die Fortschritte in einzelnen Regionen und Ländern lassen sich im Vergleich zu den Ländern, die im Verzug sind, summarisch auf folgende Positivfaktoren und deren zumindest teilweise Beachtung zurückführen:

1. Ein entwicklungsorientiertes Verhalten von Regierungen, Führungspersonlichkeiten und Eliten, die die Millenniumsziele sowie die Partizipation der Bevölkerung und ihre Eigentümerschaft (*ownership*) an der Entwicklung ernst nehmen.
2. Funktionierende, leistungsfähige Regierungen und Verwaltungen, gepaart mit Rechtsstaatlichkeit – und dies über einen längeren Zeitraum hinweg.
3. Armutsbekämpfung bei adäquater Berücksichtigung der ländlichen Räume durch eine staatliche Rahmensetzung, die die Privatwirtschaft und dabei auch und gerade kleine und mittlere Unternehmen fördert und nicht knebelt.
4. Die Mobilisierung einheimischer (finanzieller) Ressourcen.
5. Materielle und immaterielle Infrastrukturausstattungen, wie ein angemessenes, gutes Transport-, Bildungs- und Ausbildungssystem.
6. Ein der Entwicklung förderliches mentales und kulturelles Umfeld.
7. Anerkennung der wichtigen Rolle der Frauen im Entwicklungsprozess.
8. Industrialisierung und Ausnutzen der internationalen Arbeitsteilung.
9. Eindämmung des Bevölkerungsanstiegs.
10. Effiziente Nutzung der von außen gewährten Unterstützung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe und einer selbstbestimmten Entwicklung.
11. Äußerer und innerer Frieden.

Zwei Ursachenbündel sind für das Zurückbleiben verantwortlich:

A) Jene Faktoren, die nach der Verabschiedung der Millenniumserklärung im Jahre 2000 besonders virulent wurden:

- wie die nach den Terroranschlägen vom September 2001 erfolgten Prioritätensetzungen, bei denen für manche Industrieländer militärische und sicherheitspolitische Gesichtspunkte wichtiger wurden als zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische;

- die deutliche Zunahme von zerfallenden, kollabierenden und von kriegerischen Konflikten heimgesuchten Staaten,<sup>31</sup>
- der Klimawandel, wenn auch nur über lange Zeiträume spürbar, mit seinen akuter werdenden negativen, in vielen Entwicklungsländern verheerenden Auswirkungen (besonders vom Weltklimarat in das öffentliche Bewusstsein gehoben);
- die in den letzten Jahren aufgetretenen Krisen, v. a. die Ernährungskrise und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.

B) Hinzu kommen Faktoren, die von großer Bedeutung waren und beachtet werden müssen,<sup>32</sup> wenn eine Wende zum Besseren eingeläutet werden soll:

1. Das Bevölkerungswachstum (die Erdbevölkerung – 1990 belief sie sich auf 5,3 Mrd. – wird von jetzt rd. 7 Mrd. auf 9 Mrd. Menschen im Jahre 2050 anwachsen – so die mittlere Prognose<sup>33</sup>).

---

<sup>31</sup> Vgl. UN Economic Commission for Africa/African Union/African Development Bank Group: Assessing Progress in Africa toward the MDGs. MDG Report 2009, Addis Abeba–Tunis 2009; hier wird besonders auf die kriegerischen Konflikte und Post-Konflikt-Situationen abgehoben, unter denen in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 20 afrikanische Länder zu leiden hatten.

<sup>32</sup> Vgl. Eckhard Deutscher/Hartmut Ihne (Hrsg.): ‚Simplizistische Lösungen verbieten sich‘. Zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert. Festschrift zu Ehren von Professor Uwe Holtz, Baden-Baden 2010. Darin insbesondere Jürgen Wilhelm: Ownership und die Verpflichtung zur Rechenschaft, S. 133-145; Hermann Scheer: Die Dritte Welt in der Ressourcenfalle, S. 169-174; Detlev Karsten: Dilemmata und Versäumnisse der Entwicklungspolitik, S. 243-254; Winfried Pinger: Ende des Elends in Afrika?, S. 271-280. S. auch Europäische Kommission: Grünbuch über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – Herausforderungen und Optionen für eine neue Partnerschaft, Luxemburg 1997.

<sup>33</sup> S. die Publikationen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung ([www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de)). Afrika mit einer durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszunahme von gut 2% wird 2050 seine Bevölkerung auf fast 2 Mrd. Menschen verdoppelt haben. In den meisten Entwicklungsländern, die sich durch ein hohes Bevölkerungswachstum auszeichnen, stellen sich trotz – in historischer Perspektive – beachtlicher Fortschritte Verbesserungen der Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung i. d. R. nur sehr zögerlich ein. Vgl. auch Lilli Sippel, Franziska Woellert und Reiner Klingholz: Schwieriges Wachstum. Bevölkerungsdynamik – das vergessene Thema der Entwicklungspolitik (Diskussionspapier – Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Berlin 2010 (vgl. [www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/schwieriges-wachstum.html](http://www.berlin-institut.org/weitere-veroeffentlichungen/schwieriges-wachstum.html)): Das Diskussionspapier stellt die Entwicklungslage in Afrika und Asien einander gegenüber und geht der Frage nach, warum ein Land wie Südkorea heute zu den 15 reichsten Nationen der Welt zählt und warum der afrikanische Sahelstaat Niger bei Entwicklungsrankings stets den letzten Platz belegt. Die Antwort lautet, dass Südkoreas Politik der Altersstruktur der Bevölkerung Rechnung getragen hat: Der Tigerstaat hat vor Jahrzehnten Familienplanung propagiert und in seine vielen jungen Menschen investiert, sie ausgebildet und Arbeitsplätze geschaffen. Weil in der Folge die Geburtenraten sanken, übertraf die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter schließlich die Zahl der wirtschaftlich abhängigen jüngeren und älteren Menschen stark. In Niger werden dagegen immer noch durchschnittlich sieben Kinder pro Frau geboren. Die Entwicklungspolitik umschiffet seit Jahrzehnten den Zusammenhang zwischen hohen Kinderzahlen und wirtschaftlicher Rückständigkeit. Lässt sich Bevölkerungsentwicklung überhaupt politisch steuern? Generell lassen sich drei Ansätze zur Bevölkerungsregulierung unterscheiden. Erstens solche, die direkt Einfluss auf die Zahl der Geburten nehmen, wie zum Beispiel die staatlich auferlegten Zwangsmaßnahmen der Ein-Kind-Politik in China. Zweitens Programme, die Wissen und Methoden zur Verhütung bereitstellen und damit Frauen und Männer befähigen, selbst die gewünschte Kinderzahl zu bestimmen. Und drittens Ansätze, die reproduktive Entscheidungen indirekt beeinflussen, wie Zugang zu Bildung, die Förderung von Frauenrechten oder eine wirtschaftliche Entwicklung mit verbesserten Arbeitsmärkten.

2. Korrupte, kleptokratische Eliten, die nicht am Gesamtwohl des Landes und der Armutsbekämpfung interessiert sind.
3. *Bad governance*, also schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln, sowie ineffiziente, korrupte Staatsbürokratien – mit entsprechend negativen Auswirkungen in fast allen Bereichen des Lebens und Wirtschaftens, begleitet von staatlicher Misswirtschaft und der Verhinderung notwendiger Reformen, um die Millenniumsziele zu erreichen.
4. Die weitgehende Vernachlässigung der ländlichen Regionen und der Landwirtschaft.<sup>34</sup> (Für viele Entscheider ist das Landleben leider uncool.)
5. Ein entwicklungsfeindliches Umfeld, weil in einer Reihe von Ländern Bildung, Ausbildung und Wissen sowie tolerante, auch für den Wandel offene Kulturen immer noch nicht als wesentliche Schlüsselfaktoren für die persönliche wie auch die soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Entwicklung anerkannt und gefördert werden.
6. Schwierigkeiten, die auf widrige natürliche Rahmenbedingungen, die Binnenlage ohne Meereszugang und kriegerische Auseinandersetzungen zurückzuführen sind.
7. Das Festhalten an teuren, ökologisch schädlichen fossilen Energien, statt den Reichtum an heimischen solaren bzw. biologischen Rohstoffen stärker zu nutzen, wofür der leider viel zu früh verstorbene Bundestagsabgeordnete und Träger des Alternativen Nobelpreises Hermann Scheer unermüdlich und auch z. T. recht erfolgreich geworben hat.
8. Inwieweit der Kolonialismus für das Zurückbleiben verantwortlich zu machen ist, wird unterschiedlich beurteilt. Zu dem besonders in Afrika bis heute nachwirkenden „Erbe“ zählen willkürliche Grenzziehungen mit der Folge von kriegerischen Konflikten und die Unterminierung des Selbstwertgefühls.<sup>35</sup>
9. Die Industrieländer haben es bislang weitgehend versäumt, wirksame Schritte zur Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen umzusetzen und den Entwicklungsländern eine faire Teilhabe an der internationalen Norm- und Gesetzgebung und der internationalen Arbeitsteilung zu ermöglichen. Sie haben – trotz der an-

---

<sup>34</sup> Vgl. U. Holtz: Parliamentary contributions to achieving food security and addressing climate change in the drylands under the current economic crisis, Bonn 2009 (auch [www.unccd.int/parliament/docs/XM%20parliament%20background-eng.pdf](http://www.unccd.int/parliament/docs/XM%20parliament%20background-eng.pdf) – 10.11.2010).

<sup>35</sup> Matthew Lange: Lineages of Despotism and Development, Chicago 2009, erhärtet auf Grund von Studien über die 39 ehemals britischen Kolonien seine These, dass direkte Kolonialherrschaft bessere Ergebnisse zeitigte als indirekte. Er kann damit weitgehend erklären, welche Länder ein hohes Pro-Kopf-Einkommen, guten Schulbesuch, geringe Kindersterblichkeit sowie effiziente und demokratische Regierungen haben.

zuerkennenden Bemühungen zur Steigerung der Wirksamkeit und zur Erhöhung der entwicklungspolitischen Leistungen – letztlich nur Tappschritte in Richtung auf eine quantitativ höhere und qualitativ bessere Entwicklungspolitik unternommen.

## V. Wie geht es weiter nach dem Weltarmutsgipfel im September des Jahres?

Der gerade veröffentlichte 2010er Bericht der Deutschen Welthungerhilfe und von terre des hommes zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungshilfe spricht von einem enttäuschenden MDG-Gipfel im September 2010 in New York.<sup>36</sup> Das Ergebnisdokument des Gipfels bekräftigt zwar die Ziele und Verpflichtungen der Regierungen aus dem Jahr 2000, belasse es aber weitgehend beim Recycling von Textbausteinen aus früheren Dokumenten.

Konkreter und medienwirksamer seien die Zusagen, die außerhalb des eigentlichen Gipfels im Rahmen von Ban Ki-moons „Globaler Strategie für Mütter- und Kindergesundheit“ präsentiert wurden, gewesen. Regierungen, Unternehmen, private Stiftungen und NROs machten nämlich Finanzierungszusagen in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar bis 2015, wobei es sich aber z. T. nicht um zusätzliche Mittel handelt.

Beklagt werden der Rückgang der weltweiten Entwicklungshilfe und der Milliarden-Absturz der deutschen ODA in 2009. Fatal wäre es zudem, wenn sich die deutsche Entwicklungspolitik vollständig nach den Anliegen und Wünschen der Wirtschaft ausrichten würde. Verlierer eines solchen Strategiewechsels wären die Menschen in den Ländern und Sektoren, die für deutsche Unternehmen nicht profitabel sind. Dazu zählen die Armen in ländlichen Gebieten, Kinder und benachteiligte Gruppen.

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel<sup>37</sup> bezeichnete den New York-Gipfel insgesamt als Erfolg: "Trotz teilweise schwieriger Verhandlungen und unterschiedlicher Positionen haben wir jetzt ein Ergebnis, das den Bemühungen um nachhaltige Entwicklung und für die Erreichung der MDGs neue Impulse geben wird. Jetzt wird es darauf ankommen, diese auf Länderebene in angepasste Entwicklungsstrategien umzu-

---

<sup>36</sup> Deutsche Welthungerhilfe/terre des hommes Deutschland (Hg.): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Achtzehnter Bericht 2010. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik. *Profitable Partnerschaft? Entwicklungszusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft*, Bonn-Osnabrück 2010

([www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Wirklichkeit\\_Entwicklungshilfe/WdEH\\_18\\_2010\\_internet.pdf](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Wirklichkeit_Entwicklungshilfe/WdEH_18_2010_internet.pdf)).

<sup>37</sup> S. [www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2010/september/20100923\\_pm\\_149\\_mdgs/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2010/september/20100923_pm_149_mdgs/index.html)

setzen. Deutschland wird seine Partner bei diesen Bemühungen unterstützen und gemeinsam mit ihnen die Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit steigern."

Und er warb dafür, der gemeinsamen Verantwortung für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele gerecht zu werden und den Anstrengungen für die MDG-Erreichung eine neue Dynamik zu verleihen: "Wenn wir die Ziele bis 2015 erreichen wollen, müssen sich alle Akteure mit ganzer Kraft dafür einsetzen: die Regierungen in den Entwicklungsländern ebenso wie in den Industrieländern, die Zivilgesellschaften ebenso wie privatwirtschaftliche Unternehmen."<sup>38</sup> Diese Botschaft höre ich wohl...

Der Minister, die Bundeskanzlerin mit dem gesamten Kabinett, der Deutsche Bundestag können beweisen, dass sie es ernst nehmen mit der neuen Dynamik und sie sich für die MDG-Erreichung mit ganzer Kraft einsetzen. Sie sollten zumindest das umsetzen, was der Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) in seinem Prüfbericht über die deutsche Entwicklungspolitik vor ein paar Wochen angemahnt hat und was auch zur Realisierung der MDGs beitragen würde:<sup>39</sup>

1. Will Deutschland wirklich das Ziel, 0,7% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen bis 2015 erreichen, dann müssten die Finanzmittel verdoppelt werden, also jedes Jahr um rd. 2 Mrd. €. Und nicht wie jetzt im BMZ-Haushalt 2011 um einige Dutzend Millionen.<sup>40</sup>
2. Mehr Mittel für Subsahara-Afrika. Entgegen den beim G8-Gipfel in Gleneagles gemachten Versprechungen, wurden die Mittel für Subsahara-Afrika nicht erhöht, sondern in den letzten Jahre auf weniger als 30 % der gesamte bilateralen ODA heruntergefahren.
3. Der DAC fordert Deutschland auf, durch einen am besten vom Bundestag per Gesetz zu beschließenden ODA-Stufenplan die Finanzmittel generell und speziell für Afrika wesentlich zu erhöhen. Erfreulicherweise werden auch eine stärkere parlamentarische Kontrolle und Impulsgebung empfohlen – insbesondere durch den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den zu leiten ich zwanzig Jahre lang die Ehre, Freude und Verpflichtung hatte.

---

<sup>38</sup> S. [www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2010/september/20100923\\_pm\\_149\\_mdgs/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2010/september/20100923_pm_149_mdgs/index.html)

<sup>39</sup> OECD (Hg.): DAC Peer Review Germany, Paris 2010 ([www.oecd.org/dataoecd/35/23/46287397.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/35/23/46287397.pdf)) - auf Deutsch: [www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/5/43/46270433.pdf).

<sup>40</sup> Minister Niebel wies in seiner Haushaltsrede am 24.11.10 im Deutschen Bundestag darauf hin, dass der BMZ-Haushalt um 148 Millionen € auf 6,22 Mrd. € steigen werde – und das „in Zeiten der Schuldenbremse“. Oppositionsredner kritisierten, dass dieser Zuwachs v. a. auf die Übertragung aus einem anderen Einzelplan auf den BMZ-Haushalt zurückzuführen sei. [Das BMZ ist für mehr als die Hälfte bis zu zwei Dritteln der deutschen ODA unmittelbar verantwortlich; im Jahre 2008 waren es 54%.]

4. Der DAC ermuntert Deutschland, die bereits ergriffenen institutionellen Reformen weiterzuführen und zu beschleunigen, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu steigern. Gewürdigt wird zu Recht die von der Bundesregierung voran getriebene Bündelung der wichtigsten Organisationen der technischen Zusammenarbeit (GTZ, InWEnt und DED) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) – hoffentlich mit dem Hauptsitz in der UNO-Stadt Bonn.
5. Der DAC mahnt eine bessere entwicklungspolitische Koordinierung innerhalb der verschiedenen Ministerien und auch auf EU- und internationaler Ebene an.
6. Der DAC erwartet zudem eine bessere Kohärenz beim Regierungshandeln in jenen Politikbereichen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben. Während der Prüfphase bekundete die deutsche Seite, ihren Willen auf folgenden vier prioritären Feldern die sog. „Politikkohärenz für Entwicklung“ voranzutreiben:
  - a) Fragile Staaten und Konflikte (z.B. Beiträge der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen).
  - b) Welthandelsordnung und internationale Finanzmärkte (z.B. die Handelsbedingungen für Entwicklungsländer verbessern und die Agrarexportsubventionen abbauen).
  - c) Ernährungssicherung (z.B. die lokale Ernährungssicherheit stärken und gleichzeitig die entwicklungsorientierte Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft fördern).
  - d) Klimawandel und nachhaltige Ressourcennutzung (z.B. Politiken zur Armutsbekämpfung mit Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz der Biodiversität verbinden; in Schwellen- und Entwicklungsländern Treibhausgasemissionen reduzieren).

Das Entwicklungsministerium BMZ muss lt. DAC noch spezifische Ziele und einen entsprechenden Ansatz definieren, um in jedem dieser vier Bereiche positive Ergebnisse zu erzielen.
7. Der DAC referiert, dass Deutschland in den letzten Jahren 5-6% seiner ODA-Leistungen jährlich über Nichtregierungsorganisationen geleitet hat, aber als einziges DAC-Geberland über keine Strategie für die Zusammenarbeit mit ihnen verfügt. Deutschland sollte folglich einen strategischen Ansatz entwickeln, um seine Beziehungen mit den Organisationen der Zivilgesellschaft im Inland und in den Ländern des Südens zu bestimmen.

Außerdem ist im Prüfbericht zu lesen, dass der Vorstand des Verbandes deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zwar vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung alle zwei Jahre zu Konsultationen eingeladen wird, jedoch Treffen zu einzelnen Themenbereichen und runde Tische zwischen den NRO und Mitarbeitern des BMZ und anderer Ministerien zu selten sind.

Der Countdown bis 2015 läuft. Die Erfolge und Halberfolge zeigen, dass selbst ärmere Länder die Millenniumsziele erreichen oder ihnen zumindest näher kommen können. Aber das Gesamtbild lässt keinen anderen Schluss zu als den, dass das bislang vorgelegte Fortschrittstempo keinesfalls ausreicht, um alle Ziele bis 2015 zu erreichen. Das der Welt im Jahre 2000 gegebene Versprechen wird aller Voraussicht nach nicht gehalten werden können.<sup>41</sup>

Leider haben die verschiedenen Krisen der letzten Jahre, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Energiekrise oder auch die Nahrungskrise, in vielen Ländern Erfolge beim Kampf gegen Armut und Hunger verlangsamt oder sogar umgekehrt. Aber auf die Krisen lassen sich viele Unzulänglichkeiten in den Industrie- und Entwicklungsländern nicht zurückführen.

Die verbleibenden fünf Jahre – und jenseits von 2015 – sind für vermehrte, adäquate Anstrengungen im Sinne der dargelegten Positivfaktoren und unter Vermeidung der Negativfaktoren zu nutzen, und zwar von der lokalen und nationalen über die regionale bis zur globalen Ebene. Dabei ist auf allen Ebenen ein politischer Gemeinwille nötig. Leichter gesagt als getan: Die Bundesrepublik und die EU haben Schwierigkeiten, kohärent z. B. in der Entwicklungs-, Handels- und Waffenexportpolitik zu handeln.

Trotzdem müssen immer wieder und aufs Neue Allianzen und Partnerschaften geschmiedet werden – zwischen verschiedenen Akteuren, also Regierenden, Abgeordneten, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaftlern, Netzwerken und engagierten

---

<sup>41</sup> UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bleibt optimistisch: „Wenn die Weltgemeinschaft mit konstruktiven Maßnahmen auf die Krise reagiert, sind die Ziele noch zu erreichen. Die zugesagte Erhöhung der Hilfe wahrzumachen, ist unverzichtbar. Ebenso wichtig ist es, zu gewährleisten, dass die Interessen der Entwicklungsländer, insbesondere der ärmsten unter ihnen, bei Handelsverhandlungen auch künftig an zentraler Stelle stehen.“ (UN-Fortschrittsbericht 2009, S. 3)

Menschen, die sich am Leitbild einer menschenwürdigen, nachhaltigen Entwicklung orientieren, zukunftsunfähige, barbarische Wirtschaftsformen ablehnen und über ungerechte Strukturen in der Welt empört sind.

Laut Millenniumserklärung sollen sechs Grundwerte die internationalen Beziehungen im 21. Jh. prägen: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene Verantwortung. Diesen Werten gilt es, global zum Durchbruch verhelfen. Mögen auch Sie dazu einen Beitrag leisten.

Ich freue mich, dass der Bundesverband Deutscher Stiftungen das Thema Entwicklungszusammenarbeit im Stiftungswesen stärker voranbringen und aus der Nische holen will. Viel Erfolg dabei! Möge dieses Forum dazu einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Ein größeres Engagement ist nötig: Aus humanitären, solidarischen Gründen wie auch aus wohlverstandem Eigeninteresse an Frieden, Umwelt und Arbeitsplätzen. Wer Wohlergehen für uns im Norden will, muss bereit sein, zum Wohlergehen in anderen Weltregionen beizutragen. Eine Welt oder keine Welt.